



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

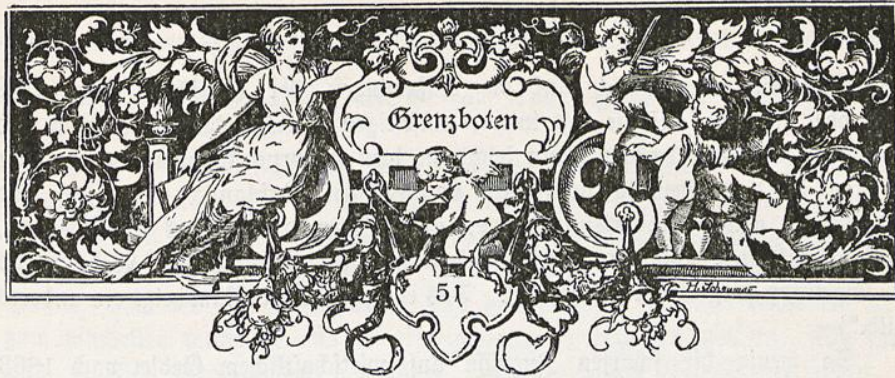
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, George: Russische Polenpolitik

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Russische Polenpolitik

Von George Kleinow in Berlin-Friedenau



In einem seiner letzten Mittwochsartikel in der Kreuzzeitung hat Theodor Schiemann, der Berliner Professor für osteuropäische Geschichte, Kunde von einem Dokument gegeben, das, angeblich im französischen Generalstab ausgearbeitet, jüngst in der russischen Presse große Beachtung fand. Es handelt sich um eine Denkschrift, in der untersucht wurde, welche militärischen Gründe, die ja die Hauptgrundlage des Zweibundes bilden, maßgebend für eine Ausöhnung Rußlands mit den Polen sein könnten. Die Denkschrift kommt zu dem Ergebnis, daß Rußland durch eine Berücksichtigung der polnischen Wünsche seine Kriegsmacht um rund 600 000 Mann auf Kosten Deutschlands und Österreichs verstärken könnte, wobei vorausgesetzt wird, daß unsere polnischen Mannschaften sich der russischen Armee zur Verfügung stellen würden. Ohne uns auf eine Polemik mit den Auffassungen des angeblichen französischen Generalstäblers einzulassen, möchten wir doch die Aufnahme, die die Denkschrift in Rußland fand, als ein Symptom dafür auffassen, daß wieder einmal unverantwortliche Kreise und Personen an der Arbeit sind, dem Gedanken an die Möglichkeit einer Intervention zugunsten der Polen Nahrung zu geben, ein Phantom, das wie kein anderes dazu beigetragen hat, die Polen politisch auf den Stand nach 1863 sinken zu lassen. Uns scheint es lediglich angebracht, doch einmal die in der russischen Polenpolitik maßgebenden Gesichtspunkte kennen zu lernen, um daraus zu erkennen, wie sich die französischen Vorschläge im Spiegel der politischen Praxis zeigen. Es geschieht hiermit durch Wiedergabe eines Auszuges aus meiner Arbeit „Die Zukunft Polens“*), deren zweiter Band (Verlag von Friedr. Wilh. Grunow, Leipzig) in einigen Tagen der Öffentlichkeit übergeben wird.

*) Der erste Band erschien 1908 bei Friedr. Wilh. Grunow, Leipzig. Preis 8 M., gebunden 10 M.

Wer nur oberflächlich auf die Äußerungen der russischen Polenpolitik sieht oder sich gar auf die fast immer einseitigen Berichte der katholischen und sozialistischen Presse verläßt, kann leicht zu dem Eindruck kommen, der russische Beamte in den ehemals polnischen Landesteilen Rußlands wüte ziel- und planlos in einem eroberten Gebiete, und hinter dem Chaos von Gesetzen, Polizeivorschriften und Gouvernementsbefehlen stehe lediglich die Willkür und der Eigennuß ungetreuer Satrappen. Das eingehende Studium zeigt ein anderes Bild.*)

So wenig die scharfen Zugriffe auf wirtschaftlichem Gebiet nach 1863 ein blindes Nachwerk darstellten, so wenig darf man die Haltung der russischen Machthaber in politischer Beziehung planlos nennen. Bei allen Mißgriffen, scheinbaren Konzessionen, Roheiten und Torheiten, die seitens aller Instanzen im Partum Polen gelegentlich begangen wurden, findet der aufmerksame Beobachter doch zähes und konsequentes Zusammenwirken aller Faktoren, um einer großen Idee zum Siege zu verhelfen. Man braucht nur die trockenen, von allem gefühlsmäßigen Beiwerk freien Jahresberichte des Reichsrats durchzublätern, um einen Begriff von der eisernen Konsequenz der russischen Gesetzgebung zu erhalten. Von der Tätigkeit eines Murawjoff in Litauen bis zur Einführung des Gerichtsstatuts im Partum und im Südwestgebiete, geht, wenn sich auch hier und da Unter- und Nebenströmungen stärker in den Vordergrund drängen, eine gerade Linie. Seit 1868, das ist, seitdem die russischen Panlawisten eine genaue ethnographische Grenze zwischen Polen und Russen festgestellt zu haben glaubten, scheint die Aufgabe der russischen Polenpolitik zwar näher gefunden, als wie sie Peter der Große angibt, oder wie sie uns aus dem Verhalten Alexanders des Ersten kenntlich wird, doch liegt sie in derselben geraden Linie, die Swan der Grausame und Peter auf den Westenweisend, bestimmten. Sie ist nur praktischer erkannt und präziser umrissen. Man denkt wohl an die Gewinnung der Weichselmündung, aber der Gedanke findet in keiner der gesetzlichen Unternehmungen nachweisbaren Ausdruck. Ein enger, scheinbar unnational gefaßter Staatsbegriff, in dem das Wort „wirtschaften“ und damit der Begriff „gemeinsame Interessen aller Staatsangehörigen“ seinen besonderen Wert hat, scheint die Handlungen des Gesetzgebers ohne Hintergedanken und weitere Absichten zu leiten.

Damit steht durchaus in Einklang, wenn der Panlawismus sowohl in seiner moskowitzischen, wie in seiner univervellen Form amtlich bekämpft wird. Die Annäherung der Polen an andere Slawenvölker, besonders auch an die Russen, wird zwar von niemand gestört, aber auf eine Ausöhnung mit Rom gibt man nichts, seit man angesichts der durch Jahrhunderte vertieften Spaltung

*) Meine Auffassungen sind im Buch selbst genauer begründet und mit allem irgendwie zugänglichen Material belegt. Lediglich aus Rücksicht auf den Raum bleiben die zahlreichen Fußnoten hier fort.

das Utopische des Gedankens erkannt hat; man begnügt sich mit korrekten Beziehungen zum Vatikan.

Man bescheidet sich nach außen hin mit der Erhaltung des Russentums, wo es auch nur noch das geringste Lebenszeichen verrät. Man begnügt sich angeblich mit der Rolle des Verteidigers bedrohten nationalen Besitzes. Hiermit kommen wir an einen Drehpunkt! Hier ist die Stelle der russischen amtlichen Politik, von der aus betrachtet sie uns doch nicht so harmlos erscheinen darf: zum mindesten mutet sie uns widerspruchsvoll, ja geheimnisvoll an. Wir sehen uns plötzlich Maßnahmen gegenüber, die in direktem Widerspruch stehen, zu der im Namen des Staatsbegriffs stehenden Gesetzgebung in der Polenfrage und wir sehen aus der Defensivität sich eine recht energische Offensive entwickeln. Da gilt es sich denn zu erinnern, daß das Zarenreich bis auf den heutigen Tag in Spannung gehalten wird durch den Kampf, den der alte Kiew-Moskauer Glaubensstaat, den Peter der Große durch Schaffung des Heiligsten Synods glaubte dem modernen Staatsbegriff unterworfen zu haben, gegen jede moderne Entwicklung im Staatsleben führte. Im Heiligsten Synod lebt dieser alte Staatsbegriff bis heute fort, ernstlich gefährdet eigentlich erst im Jahre 1905, als liberale Russen zusammen mit einem Teil der orthodoxen Geistlichkeit die Einberufung eines Kirchenkonzils forderten und der erste Nachfolger Pobjedonoszjew sich bereit erklärt hatte, ein Kirchenkonzil einzuberufen.

Man sucht die Uniaten zurück unter die russische Kirche zu bringen, nachdem man den polnischen Bauern überhaupt, also auch den unierten, wirtschaftlich gegen die polnischen Grundherren gestärkt hatte. Weiter sucht das Russentum mit Mitteln kirchlicher Zucht, der Verwaltung und der Wirtschaft von Litauen, Westrußland und Kleinarußland her, in das durch die Herrschaft des Code Napoleon und das Hypothekenstatut in sich geschlossene Verwaltungsgebiet des Partums einzudringen und die Abspaltung des sogenannten Cholmer Landes, aber auch die Revolution unter den Ruthenen in Ostgalizien durch geschickte Agenten vorzubereiten. Die Polenfrage soll für Rußland nach Möglichkeit auf das kleine Gebiet beschränkt werden, in dem die wirklichen katholischen Polen ethnographisch herrschen! Die Polen als solche läßt man im Partum noch unbehelligt, solange sie nicht Propaganda unter der „russischen“ Bevölkerung treiben oder gegen den russischen Staat und seine Bundesgenossen der inneren und auswärtigen Politik Front machen. Die Versuche, den polnischen Katholizismus zu entnationalisieren, hat man dem Anschein nach aufgegeben.

In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister!

Bringen die bisherigen Erwägungen uns dem Verständnis der Motive der russischen Polenpolitik etwas näher, so lassen einige Tatsachen aus der praktischen Politik uns wieder an der Richtigkeit des betretenen Weges zweifeln.

* * *

Alexander der Zweite hatte sich die Wirkungen seiner großen Reformen von 1861/64 in Rußland anders vorgestellt, als wie sie bald offenbar wurden. Auch seine Reformen im Zartum hatten zunächst unhaltbare Zustände geschaffen. Aufgabe der Bürokratie war es, diese Zustände zu beseitigen, ohne die großen Ziele der Reform, das ist die endgültige Unterwerfung der Polen unter die Macht Rußlands, in Frage zu stellen. Und nun meldeten sich die Schwierigkeiten, die Kämpfe der Ressorts gegeneinander, Uneinigkeit, Verkennung der Absichten, persönliche Interessen und das schlimmste, die Rückwirkung aus der internationalen Politik. Das Kirchenressort betrieb eine Politik, die den Instruktionen der Generalgouverneure direkt entgegenwirkte; Finanz- und Justizministerium faßten ihre Aufgaben anders auf, wie das Ressort des Innern, und die obersten Chefs der Verwaltung, die Generalgouverneure mußten schließlich eine in sich widerspruchsvolle Schaukelpolitik treiben, um ihre eignen Instruktionen mit den lokalen Bedürfnissen in Einklang zu bringen. Das Gesamtbild ist folgendes: es wurden gegenüber der aggressiven Politik des Heiligsten Synods die Augen geschlossen, solange es ging, — die unruhige Masse des Volksganzen wurde durch drakonische, nur durch Bestechlichkeit gemilderte Polizeivorschriften im Zaume gehalten, und nur die Einflußreichen, die sich den regierenden Beamten friedlich näherten, wurden verhätschelt und bevorzugt. Mit Zuckerbrot und Peitsche wurden die erwerbstüchtigen Kreise zu loyalen Untertanen des Zaren gemacht. Die wilde Agitation der Moskowiter wirkte zwar hier und da schon in den unteren Organen, doch beschränkte sie sich vorläufig darauf, Beamte heranzubilden, die nach dem Tode Alexanders des Zweiten und nach dem Fortgange Albedinskis als Gefolgschaft des Generalgouverneurs Gurko im Zartum erscheinen würden.

Wenn die politischen Fortschritte des russischen Staates in Polen dennoch nicht dem wirtschaftlichen Aufschwung, den die Polen unter Alexanders des Zweiten Regierung genommen hatten, entsprachen, so waren daran die innerpolitischen Zustände im russischen Reich und seine internationale Lage schuld, die gemeinsam ein zielsicheres Wirken der russischen Bürokratie lähmten.

Seit der Bauernbefreiung kämpften in Rußland zwei Richtungen um die Anerkennung: die Großgrundbesitzer suchten die sie schwer belastenden wirtschaftlichen Folgen der Bauerngesetze von 1861 nach Möglichkeit im eigenen Interesse zu mildern; die gebildeten Städte strebten eine weitere Anerkennung der liberalen Ideen in der Gesetzgebung an. Den Anforderungen beider Richtungen waren weder der Regierungsapparat noch die Intelligenz der Provinzialbeamten gewachsen. Bis zur Mitte der 1870er Jahre war die großagrarische Reaktion auf der ganzen Linie siegreich vorgebrungen. Die Leiter der Staatswirtschaft mußten nämlich je länger um so mehr erkennen, daß die Bauernreform, unpraktisch durchgeführt, die Staatswirtschaft weit über das Können des Staates belastete, ohne als Äquivalent sofort dem frei gewordenen Bauern ein erhöhtes Maß von Leistungsfähigkeit geben zu können. Die Bureau-

fratie, deren Vorbildung mit den gesteigerten Anforderungen der Reformgesetzgebung nicht gleichen Schritt gehalten hatte, befand sich infolgedessen aus den angedeuteten wirtschaftlichen Gründen vielfach in Übereinstimmung mit den Großgrundbesitzern. Da man es aber nicht wagte, auch wohl praktisch nicht mehr konnte, am Gesetz vom 19. Februar 1861 durch geeignete Ausführungsbestimmungen zu rütteln, suchte man sich zu helfen durch Einschränkung der politischen Freiheiten und brachte die Masse der Bauern auf Umwegen durch Polizeivorschriften unter die Oberhoheit des Gutsadels zurück. Die Umwege aber konnten die nicht bäuerliche Bevölkerung nicht unberührt lassen; sie führten über alle jene Neubildungen, die seitens der Liberalen in Stadt und Land als Vorstufe für ein verfassungsmäßiges Dasein in Rußland betrachtet wurden: über das Stenstwostatut, das Gerichtsstatut, die Pressfreiheit usw. Infolgedessen wurden durch die Neuerungen nicht die Bauern allein betroffen, sondern, und zwar am schwersten, auch die gebildeten und liberal denkenden Kreise.

Die Reaktion konnte daneben um so leichter gegen die Freiheiten der Reformepoche wirken, als ihre Träger mit Recht auf die schweren nationalen Gefahren hinweisen konnten, denen ein geschwächtes Rußland angesichts der Veränderungen in West- und Mitteleuropa mehr und mehr ausgesetzt war.

Je länger, um so mehr fanden die sogenannten Konservativen bei den Leitern der Regierung Anklang — hauptsächlich, weil sie es verstanden, nationale Motive als für ihre Anschauung maßgebend voranzustellen.

Den Ausgangspunkt der nationalen Motive bildet der polnische Aufstand von 1863/64.

Am 21. April 1865 schrieb der Freund Alexanders des Zweiten Fürst Wjasemski in sein Tagebuch: „Gestern besuchte ich den in Ungnade gefallenen Konstitutionalisten Drlow-Dawydow . . . Hier herrscht in den Köpfen eben solch ein Wirrwarr (eralsch, wörtlich = Unsinn) wie in der Witterung . . . Aus der Unterhaltung hörst du allgemeine Unzufriedenheit; doch bei jedem von seinem besonderen Gesichtspunkt aus, infolgedessen wäre es auch unmöglich, die Ideen zusammenzuführen; jeder will nicht das, was der andere fordert. Übertreibungen, Fähszorn, Deklamationen machen jede Unterhaltung für den unerträglich, der nicht vom allgemeinen Fieber angesteckt ist.“ Am 23. April ist Wjasemski bei der Prinzessin von Oldenburg und bei der Großfürstin Katharina Michailowna, tags darauf beim Fürsten Meschtscherski. Er knüpft an diese Besuche folgende Bemerkung: „. . . Man hört hier solche plumpen Reden und rohe Ansichten, daß ich wie Kutusow verfahren möchte, . . . die Leute an den Puls fassen . . . und sie fragen: bist du krank, mein Täubchen? . . . und alles das infolge von Gehirnentzündung durch einen rasenden Patriotismus. Sie sprechen von russischer Demut, von russischer Frömmigkeit, und doch verwandelt sich diese Vaterlandsliebe in Haß gegen alles, was nicht russisch ist, und gegen alles, was nicht im Einklang steht mit dem Menschenfresser-Katechismus dieser politischen und engherzigen Sektierer.“

Das war zu derselben Zeit nach dem polnischen Aufstande, von der ein alter Sozialist schreibt: „Der Bürgerkrieg von 1863 in Polen hatte eine revolutionierende Wirkung auf die russische Gesellschaft . . . Menschen, die prinzipiell jeder Nation das Recht auf kulturelle Selbstbestimmung zutrauten, verloren sich selbst, als der Bürgerkrieg zwischen zwei verwandten Nationen begann; die Polen zu unterstützen galt ihnen unvereinbar mit den Gefühlen des Patriotismus, und deshalb traten die meisten von ihnen auf die Seite der Regierung. Katkow, der den Augenblick vorzüglich mußte und die russische Fahne entrollte, gelang es, viele Wankelmütige in den Netzen der Reaktion zu fangen.“

Der Aufstand vernichtete mit einem Schläge und für lange Zeit den Einfluß der Petersburger liberalen Gruppen auf die Bureaukratie und stempelte die Wiedervereinigung der Uniaten mit der orthodoxen Kirche ebenso zu einer nationalen Notwendigkeit wie die Knebelung der Presse. Graf Dimitri Tolstoj kam zur Macht und damit seine Ansichten über die nationalen Aufgaben der russisch-orthodoxen Kirche zur Anerkennung. Bis zum Jahre 1873 waren alle diese reaktionären Einflüsse so stark geworden, daß die Regierung mit einer erneuten Verfolgung der Sekten, der Kleinrussen, Deutschen, der Selbstverwaltung und Schulen und damit zusammenhängend des gedruckten Wortes beginnen konnte. Einzig gestützt auf einige hundert Großgrundbesitzer nahm die orthodoxe Bureaukratie den Kampf gegen sämtliche Untertanen des Selbstherrschers auf.

Zimmerhin war man klug genug, zu verstehen, daß man die beiden nächst dem Ruffentum selbst für das russische Staatsganze wichtigsten Nationalitäten, Deutsche und Polen, nicht zu gleicher Zeit bekämpfen durfte, ohne das Reich in noch schwerere, vielleicht gar mit internationalen Krisen verbundene Verwicklungen zu werfen. Und hierin finden wir den Schlüssel für zwei Erscheinungen: für die öffentliche Zurückweisung der Samarinschen Agitation gegen das Deutschtum und für die Zurückweisung des Panславismus als einer politischen Gefahr durch Alexander den Zweiten. Die Deutschen waren immer noch die Zuverlässigeren neben den Polen, und die internationale Lage ließ es taktisch richtiger erscheinen, erst mit den Polen aufzuräumen; die endgültige Unterwerfung der Deutschen konnte man einer späteren Generation überlassen, wenn sie durch ihre Tätigkeit als Beamte den Haß des gesamten Russenvolkes auf sich gezogen haben würden. Der Kampf gegen die Polen im Königreich war auch im gegebenen Augenblick leichter als gegen die Deutschen, weil er sich anknüpfen ließ an die Maßnahmen im Westgebiet, in Litauen, Weißrußland, Wolhynien und Podolien.

Zimmerhin mußte man im Zartum vorsichtig auftreten, um nicht auch dort eine Interessengemeinschaft zwischen den verschiedenen Volkskreisen eintreten zu lassen, wie sie in den russischen Gouvernements zwischen der studierenden Jugend, der Arbeiterschaft und den gebildeten Kreisen in Stadt und Land immer deutlicher zutage trat.

Krapotkin, der bekannte Anarchist, bereitete schon im Jahre 1872 einen Arbeiteraufstand vor, da nach seiner Auffassung ein Krieg zwischen Deutschland und Rußland unvermeidlich war. Die Sjemstwoleute und Stadtliberalen aber hofften noch, daß Alexander ihnen eine Volksvertretung zubilligen werde.

Inmitten dieser Stimmungen und Verhältnisse wandte sich der Zar gelegentlich eines Aufenthaltes in Moskau an den Adel und forderte ihn auf, der Tradition entsprechend, auch in dieser schweren Zeit die Stütze des Thrones zu sein. Alexander der Zweite nannte sich ein Mitglied des Moskauer Adels und sagte, der Adel bilde die stärkste Stütze des Thrones, und Gott gebe, daß diese Stütze niemals wanken möchte. Die russischen Liberalen und ganz besonders auch der Gelehrtenkreis um den „Wjestnik Jewropy“, knüpften daran die weitestgehenden Hoffnungen bezüglich Berufung wenigstens des Adels zu gesetzgebender Arbeit. Die Radikalen und Föderalisten sahen darin nur eine neue Gefahr, und Dragomanow, der Kleinrusse, hat solchem Bangen beredten Ausdruck verliehen. Dragomanows Deklamationen nutzten aber ebensowenig wie die Warnungen Wjasemskis, die Tiefe der russischen Begeisterung nicht zu überschätzen. Der Zar-Befreier führte die russische Armee auf den Balkan, um die slawischen Brüder dem Türkenjoch zu entziehen. Man glaubte allgemein, nunmehr würden, wie nach dem Krimkriege, wieder völkische Gesichtspunkte in den Vordergrund rücken. Die Sjemstwo organisierten opferfreudig das Verpflegungswesen und den Samariterdienst. Die Reihen der Narodniki lichteteten sich, weil zahlreiche Studenten als Kriegsfreiwillige zu den Regimentern strömten. Aller innere Streit hörte auf, weil die Gebildeten aller Stände fest davon überzeugt waren, daß ein Zar, der unter dem Losungswort der Befreiung eines Brudervolkes in den Krieg zog, auch die berechtigten Forderungen der eigenen Völker nicht mehr unberücksichtigt lassen würde.

Der Krieg ging zu Ende — siegreich nach schweren Opfern, und nachdem er die Erkenntnis geweckt hatte, wie morsch das russische Verwaltungssystem war. Die Hoffnungen der Liberalen wurden aber nicht nur nicht erfüllt, sondern die Reaktion, die aus der Kriegsstimmung heraus neue moralische Kräfte geschöpft hatte, setzte mit verschärfter Macht ein. Die Narodniki, die vorher auf den Terror verzichtet hatten, sahen nunmehr im Meuchelmord das einzige Mittel, um die Selbstherrschaft zu erschüttern. Viele Liberale gaben ihnen recht, und es gab einen Augenblick, nach dem Nihilistenkongreß zu Lipeßk im Jahre 1879, in dem die radikale Sjemstwopartei entschlossen war, mit den Terroristen zu paktieren, sofern diese auf den Kaisermord verzichteten.

Der Zar seinerseits wurde über die Stimmung im Lande falsch unterrichtet. Er hoffte, daß die gebildete russische Gesellschaft gegen das nichtswürdige Treiben der Sozialrevolutionäre auftreten würde, sobald man sie dem Abgrund gegenüberstellte, in den die Nihilisten das Reich trieben. Infolgedessen ordnete er vollste Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen gegen die Revolutionäre an. Die Ansicht erwies sich als falsch. Der russische Richter,

herangebildet in der Zeit der liberalen Ära von 1861 bis 1864 und verbittert durch die immer schärfer wirkende Reaktion, vermochte in den Terroristen keine Verbrecher zu sehen, sondern lediglich Opfer der herrschenden Regierungsprinzipien. Das Publikum, Studenten, vielfach Söhne des höchsten Adels, applaudierte in den öffentlichen Sitzungen dem Freispruch eines politischen Mörders und beleidigte Richter und Geschworene in größter Weise, die in dem politischen Mord nur das gemeine Verbrechen erkennen konnten, und so wandte man sich auch mit um so besserem Gewissen an die bewährten Grundlagen des Russentums, an die Orthodoxie „... il vous manque quelque chose, c'est le pravoslavié“ hatte Wjasemski an Nesselrode geschrieben! Das waren ganz allgemein die Gründe aus der inneren Politik, die die russische Regierung zwangen, sich im Zartum Polen — wo inzwischen nach dem Zustandekommen eines Bündnisses zwischen der „Narodnaja Wolja“ und dem (polnischen) „Proletariat“ der Terror gleichfalls als Kampfmittel der Sozialisten anerkannt ward — nach Bundesgenossen umzusehen, und sie bediente sich dazu der Petersburger Liberalen, die sich seit dem Jahre 1866 einen Mittelpunkt in der Monatschrift „Wjestnik Jewropy“ geschaffen hatten. Ihr Vertreter war der bekannte, weit und breit geschätzte Rechtsanwalt W. D. Spassowicz (den interessanten Lebenslauf dieses für die gesamte Polenfrage bedeutenden Mannes s. Zukunft Polens Bd. II Kapitel X.)

* * *

In einem autokratisch regierten Lande spielt die Auffassung des Selbstherrschers, der doch die Richtung der Gesamtpolitik angeben sollte, für jedes politische Problem eine besonders schwerwiegende Rolle, und diese wird um so gewichtiger, je eigenartiger die Persönlichkeit des Selbstherrschers ist. Von dem Charakter des Zarbefreiers haben uns die Historiker noch keine abgeschlossene Meinung gegeben: hochfliegender Ehrgeiz und Idealismus kämpften in ihm um die Vorherrschaft, während er von dynastischen und nationalen Stimmungen hin und her gezerrt wurde. Seine Politik ist nach innen und außen unklar, vollzieht sich ruckweise, sprunghaft. Was davon auf das persönliche Konto des Zaren zu setzen ist, was sich aus den Umständen, aus den Abhängigkeiten erklärt, kann hier nicht im einzelnen untersucht werden.

Nur einige Worte über die Persönlichkeit des Zaren seien hier eingeflochten. In der Zeit der großen Reformen steht Alexander der Zweite vor uns als der weitblickende Herrscher, der, nachdem er sich einmal von der Unhaltbarkeit der von seinem Vater überkommenen Zustände überzeugt hatte, tief einschneidend zugriff: als Selbstherrscher. Der Gedanke, daß jede staatliche Initiative nur von ihm ausgehen könnte, beherrscht sein Wesen, und die Auffassung, daß jede Anregung, die nicht von ihm selbst ausging, einen Angriff auf seine selbstherrlichen Rechte bedeute, hat seinen sämtlichen Regierungshandlungen den Stempel aufgedrückt. Der Zarbefreier ist zugleich ein Radikaler und ein Zauderer gewesen; ein Radikaler, wenn es galt, einen einmal aufgegriffenen Plan der

öffentlichen Behandlung zu überweisen, ein Zauderer, wo er begangene Fehler verbessern, Maßnahmen den praktischen Bedürfnissen anpassen sollte. Er brauste leicht auf*), glaubte aber, in der Aufregung geäußerte Ansichten nicht öffentlich modifizieren zu dürfen. Solche Auffassungen von seiner Stellung als Selbstherrscher wurden getragen von einer persönlichen Treue, wie sie die Geschichte selten zeigt. Sie kommt zum Ausdruck ebenso in seinem Verhältnis zu seinem Oheim, dem Könige von Preußen, wie zu seinen Beamten und den nicht ebenbürtigen Freunden seines Hauses. Aus dieser Grundanlage seines Charakters erklärt sich häufig seine Stellungnahme zu den Folgen seiner eigenen Werke, zu den notwendigen, im voraus erkennbaren Folgeerscheinungen seiner radikalen Reformen. Wie er seine Freunde nicht wechselte, so hielt er fest an seinen Ratgebern, oft genug zum Schaden seiner eigenen Politik. Das Verhalten Österreichs im Krimkriege hat ihn als eine tiefe Undankbarkeit gegen sein Haus persönlich verletzt. Die Polen nennt er undankbar, weil sie die ihnen aufgenötigten Segnungen des Wielopolkschen Regimes nicht annahmen, obwohl doch der Marquis nirgends in der Warschauer Gesellschaft namhaften Anhang hatte; und doch hätte größere Standhaftigkeit bei der Verfolgung der Absichten wahrscheinlich auch die Polen von 1863 zur Unterwerfung unter den zarischen Willen und unter ihr eigenes Glück gezwungen! Die sozialen und liberalen Reformen seines Landes identifiziert Alexander aber ohne Umschweife mit der internationalen Revolution und bezeichnet sie als gemeine Verbrecher, ohne zu bedenken, daß es doch Geschwister seines eigenen radikalen Geistes sind, die mit ihm in der nikolaitischen Epoche aufgewachsen waren. Bei solcher Geistesverfassung fanden jene Stimmen um so leichter Widerhall in ihm, die den zarischen Absolutismus als etwas russisch-völkisches, als einen untrennbaren Teil moskowitischer Kultur hinstellten, von der er, der Zar, nicht abgehen dürfe. Solche mehr gefühlsmäßige Hingabe an das Moskowitertum hat den Zaren in den Krieg zur Befreiung der Balkanslawen getrieben, hat ihn danach verleitet, sich jener heiligen Schar anzuvertrauen, die sich anmaßte, ihn vor den Attentaten der Narodnaja Wolja schützen zu wollen, während doch russische Richter die Revolutionäre freisprachen und russische Edelleute solchem Freispruch Beifall klatschten, hat ihn aber auch — und das ist der springende Punkt — in Gegensatz zu den eigenen modernen Staatsideen gebracht und hat die Macht des kirchlichen Staatsgedankens, den der Minister Tolstoj so nachdrücklich vertrat, neu erstarken lassen. Sekundärer Art sind die rein persönlichen Momente, wenn sie auch die Wirksamkeit der Reaktion verstärkten. Nach dem Attentatsversuch von 1878 war Alexander einer schweren, alle Entschlußkraft hemmenden Nervosität unterworfen.

*) Die Großfürsten Konstantin und Dmitri Konstantinowitsch zum Senator W. P. Besobrasow am 8./20. November 1884: „Der verstorbene Kaiser war schrecklich aufbrausend, während sich der jetzige (Alexander der Dritte) lange ärgert, brummt und quängelt und nicht leicht vergift.“ Aus dem Tagebuch des Senators W. P. Besobrasow, Byloje, September 1907, S. 13.

„Zar und Zarin,“ schreibt Walujew in seinem Tagebuch am 3./15. Juni 1879, „hinterließen mir einen schweren Eindruck. Der Kaiser sieht abgesehen und sprach selbst von nervöser Erregung, die er sich zwingen zu verbergen. In einer Epoche, wo ihm Kraft nottut, kann man sich augenscheinlich auf ihn nicht verlassen. . . .“ Und von der Kaiserin fügt er hinzu: „. . . es scheint, als spiele jemand eine ihm fremde Rolle. Sie ist in dem gegebenen Zeitraum mehr gealtert als er. . . . Man fühlt, daß der Boden wankt, daß dem Gebäude der Zusammensturz droht, doch die Besucher scheinen davon nichts zu bemerken, — die Hausherrn aber fühlen traurig das Unglück, doch verbergen sie die innere Besorgnis. . . .“ Aus den bisher der Öffentlichkeit zugänglichen Berichten über die „konstitutionellen Versuche“ Alexanders des Zweiten läßt sich allein ein klares Bild von seiner politischen Auffassung nicht gewinnen. In Rußland und bei den Polen überwiegt die Auffassung, als sei er lediglich durch den Einfluß Kaiser Wilhelms zu seiner reaktionären Haltung gekommen. Doch ein Beweis für die Richtigkeit solcher Auffassungen ist mir trotz eifrigen Suchens noch nirgends zu Gesicht gekommen, und ich halte demgegenüber an der Auffassung fest: die russischen Einflüsse, die den Zaren nach dem polnischen Aufstande von 1863 immer stärker hinderten, das Reformwerk konsequent fortzusetzen, sind es auch, die ihn hinderten, die Vorschläge von Walujew (1863), des Großfürsten Konstantin Nikolajewitsch (1866), Schumalows (1874) und wiederum Walujews (1879/80) und Loris-Melikows (1880) für den Übergang zum konstitutionellen System ernsthaft und nachdrücklich zu betreiben. Er hörte die Vorschläge zwar an, setzte ihnen auch keinen offenen Widerstand entgegen, aber er lauschte doch nur auf das, was der Festigung der Selbstherrschaft galt, und dazu gehörte auch die Bewertung der orthodoxen Kirche.

* * *

Wie stellte sich nun Alexander der Zweite zu den Polen? Folgte er irgendwelchen persönlichen Sympathien? Hatte er bestimmte politische Neigungen und weit ausschauende Pläne mit den Polen? Stand der Zar tatsächlich, wie von Panflawisten behauptet wird, unter dem Einfluß polnischer Intriganten, ähnlich wie Alexander der Erste unter dem Czartoryskis stand? Wirkten in ihm Gedanken, wie sie Laharpe einst seinem Oheim zuflüsterte, daß er sich der Polen und Deutschen bedienen sollte, um das Russenvolk zu regieren? Solcher Auffassung würden die Worte widersprechen, die er im November 1871 an Baron Langenau, den österreichischen Gesandten am Petersburger Hofe, richtete: „Sie sehen das Bild meines Onkels (Alexanders des Ersten), der gewiß alles, was er nur vermochte, für die Polen tat, und wie undankbar waren sie dennoch!“

*) Zitiert in Byloje, Heft 12 von 1906, S. 265.

Für die Gefinnung des Zarfreyers den Polen gegenüber gewinnen wir einige Anhaltspunkte aus den Erfahrungen, die er persönlich mit den Polen gemacht hat, und aus seinem Verhalten in den Fragen der großen Politik. Die Polen waren es, die ihn durch ihren Aufstand im Jahre 1863 gehindert hatten, Rußland mit allen den Reformen und deren systematischem Ausbau zu beglücken, die er ins Auge gefaßt hatte. Ein Pole, Berezowski, war es, der im Jahre 1867 gelegentlich seines Besuches der Weltausstellung zu Paris auf ihn schoß. Im Jahre 1870/71 waren es wieder Polen, die Frankreich hinderten, geschlossen gegen den deutschen Feind zu stehen, dessen beispiellose Siege Alexander den Zweiten tief innerlich beunruhigten. (Bismarck.) Stand doch an der Spitze der Kommune ein Träger desselben Namens, der einst den Begründer der polnischen Legion zierte, Dombrowski!

Alexander hatte aus den erwähnten Vorgängen gelernt, die Polen als Träger der internationalen Revolution zu betrachten, gegen die er im Innern die orthodoxe Kirche als Bundesgenossen fand, während er von außen die beiden deutschen Kaiserstaaten zu Hilfe rief. Unterm 3. Juni 1871 meldete der deutsche Gesandte am Petersburger Hofe, Prinz Reuß, nach Berlin, „Kaiser Alexander habe ihm an diesem Tage gesagt, daß er mit Kaiser Wilhelm und Bismarck die Frage zu besprechen beabsichtige, was zu tun sei, um Sicherheit vor der Gefahr zu gewinnen, mit der die Sozialisten und namentlich die Internationalen die europäischen Monarchien bedrohten. Nach seiner Meinung müßten alle Regierungen Europas unter sich solidarisch sein und sich gegenseitig zur Bekämpfung dieses Feindes unterstützen. Der Kaiser will durch seinen Justizminister eine Denkschrift ausarbeiten lassen, in der besonders der Nachweis geführt werden soll, daß die Mitglieder dieser Genossenschaft von Sozialisten nicht wie politische, sondern wie gemeine Verbrecher zu behandeln seien.“ Die Tatsache, daß der Aufruf zur Sozialistenverfolgung von Alexander ausging, spricht dafür, daß nicht König Wilhelm für die reaktionären Auffassungen Alexanders verantwortlich zu machen ist. Bismarck hatte den großen Kampf gegen die Sozialisten viel später aufgenommen als Alexander, wenn er auch aus Gründen der Sicherheit Deutschlands das Zustandekommen des Dreikaiserbündnisses eifrig betrieb.

Nun fällt uns auf, daß derselbe Zar, der hier die Mächte zum Kampf gegen die Internationale und damit gegen die revolutionären Polen auffordert, gegen die Polen des eignen Landes ein durchaus mildes Regiment vertritt und mit seinen Maßnahmen bis ans Lebensende immer mild bleibt. Soweit sich persönliche Eingriffe des Zaren in die Polenfrage bemerkbar machen, z. B. bei der Besetzung von Ämtern, tritt größte Rücksichtnahme zutage. Wo Brutalitäten geschehen, wie in der Behandlung der Uniaten, erweist sich der Zar als unbeteiligt, ja unorientiert. Als es im Jahre 1880 zwischen dem Warschauer Generalgouverneur Graf Rozebue und der Zentralbehörde wegen Zuständigkeit des Gerichts gegenüber einhundertsiebenunddreißig polnischen Sozialisten zum

Konflikt kommt und Kozebue gegen Anwendung des Kriegsgerichts protestirt, tritt der Zar, entgegen einem früher erlassenen Gesetz, auf seine Seite, wodurch von vornherein mehreren Angeklagten das Leben gesichert ist*). Der Zar fördert gegen Ende seiner Regierungszeit augenscheinlich alle Annäherungsbestrebungen, woher sie auch kommen; er läßt die Generalgouverneure sich in Warschau um die Gunst des polnischen Adels und des polnisch-jüdischen Großkapitals bewerben; einen einflußreichen Mann wie Ludwik Górski sucht er auszuzeichnen; „Russen polnischer Kultur,“ wie Spassowicz, die zehn Jahre früher ausgewiesen worden waren, konnten, wenn auch unter strenger Beaufsichtigung, zwischen Polen und Russen wirken. Also, selbst ein gewisses Maß von Pan-Slawismus wurde im Rahmen der Polenfrage geduldet. Der Zar unterschied zwischen den Parteien der Ordnung, die sich unter der Flagge des „trojloyalizm“ (**)) sammelten, und denen des Aufsturus, wobei ihm die ersteren recht entgegenkamen, da sie sowohl in Krakau wie in Warschau die dem Zaren verständlichen Ideen Wielopolstis guthießen und für sie Propaganda machten. Tatsächlich wurde nur das offen revolutionäre Polentum scharf bekämpft, in welcher Form es auch auftreten mochte; die friedliche nationalpolnische Propaganda, die heimlich, wenn auch für die Generalgouverneure sichtbar genug, den inneren Aufbau der Nation betrieb, blieb unbehellig (***)). Das Wort: Schutz des Kapitals, Schutz jeder gewerblichen Betätigung! hatte daneben einen realen Sinn, der das Vertrauen des ausländischen Kapitals heischte.

Die prinzipielle Haltung Alexanders der Revolution gegenüber hatte das Angenehme für seine sonstige Politik, daß sie sich in Übereinstimmung mit der der beiden anderen Kaiser befand. Denn ganz abgesehen davon, daß sie die Grundlage für das Dreikaiserbündnis bildete, ließ sie dem Zaren freie Hand, sich mit dem friedlichen Teil der Polen nach seinem Geschmack und wie es dem Nutzen seines Reiches entsprach, abzufinden, ohne dadurch gleich das Mißtrauen Kaiser Wilhelms und Bismarcks besonders zu reizen. Gab es doch genug Polen, die sich nach den Drgien der Pariser Kommune von den roten Emigranten lossagten und die, wie Fürst Czartoryski, offen für einen Anschluß an Rußland eintraten; selbst Graf Ladislaw Plater will nichts von einer Solidarität mit den Roten wissen. Dagegen machte die polnische Emigration „lebhafteste Anstrengungen zur Ausöhnung mit Rußland“. Prinz Reuß berichtete unter dem 17. März 1872 an Bismarck: „Nicht nur sind es Berichte der russischen Gesandten in den verschiedensten Ländern, sondern auch die Generalgouverneure von Wilna, Warschau, Kijew und Odessa berichten in diesem

*) Ukas vom 3./14. April 1880.

***) Siehe Zukunft Polens Bd. II S. 67: „trojloyalizm“ ist Loyalität der einzelnen Polen der jeweiligen Teilungsmacht gegenüber.

****) Auch diese Stellungnahme spricht gegen die Stärke preussischer Einflüsse, — sie schien dem Zaren lediglich ein Gebot der Notwendigkeit gegenüber der innerpolitischen Lage Rußlands.

Sinne . . ." Freilich, der Kaiser will offiziell nichts mit ihnen zu tun haben: „Auf Befehl des Kaisers sind die bestimmtesten Instruktionen an die kaiserlichen Beamten ergangen, sich auf nichts einzulassen, was wie eine Negoziation mit der Emigration aussehen könnte. Die kaiserliche Regierung könne mit letzterer unter keinen Umständen unterhandeln.“

Nicht ohne Einfluß auf die Behandlung der Polen ist schließlich Alexanders prinzipielle Abneigung gegen den Panlawismus geblieben, der ihm in jenen Äußerungen verdächtig war, mit denen er sich gegen die besten Stützen seines Thrones, gegen den baltischen Adel richtete und des Zaren nächste Umgebung verdächtigte. Seine Regierungsorgane wies der Zar an, es solle „überall auf das entschiedenste ausgesprochen werden, daß die kaiserliche Regierung vom Panlawismus nichts wissen wolle, vielmehr in diesen Ideen eine der größten Gefahren für Rußland erblicke. Seine Majestät der Kaiser scheint an dieser Ansicht unerschütterlich festzuhalten.“ Samarin konnte auch tatsächlich seine Pamphlete gegen die Deutschen der Ostseeprovinzen nur im Auslande veröffentlichen.

Daneben mögen auch rein aristokratische Gesichtspunkte maßgebend gewesen sein, die gefördert wurden von Beobachtungen bei dem österreichischen und preußischen Nachbarn: die Stellung der Familie Radziwiłł zum Könige von Preußen; die Ausnutzung der Polen durch den österreichischen Minister Grafen Beust, der sich nicht scheute, Julian Klaczko, den früheren Sekretär des Polenführers Fürsten Czartoryski, als Hofrat in das Auswärtige Amt zu berufen.

Jedenfalls scheint die Auffassung nicht unrichtig, wonach Alexander der Zweite glaubte, er könne in dem polnischen Adel eine Stütze gegen die rote Internationale finden, wie sie ihm schon der baltische gewährte. Der russische Adel hatte doch versagt, soweit er sich nicht zu einem gemäßigten Liberalismus bekannte, und dieser liberale Adel stand den Polen als Träger westlicher Kultur sowohl wie hinsichtlich aristokratischen Empfindens sympathisch gegenüber. Männer, wie Fürst Wjasemski, waren keine Demokraten. So gewinnt es den Anschein, daß der Zar sich bei der Einrichtung einer oligarchischen Standesvertretung, die durch seinen Tod vereitelt wurde, auch des polnischen Adels auf gleicher Stufe mit dem russischen bedienen wollte. Solche Gedankengänge finden sich auch in den Motiven zum Abschluß des Drei-Kaiser-Bündnisses, dessen Tendenz ja durchaus in der Abwehr der Demokratie und der Revolution lag. Für unsere Auffassung spricht auch die Haltung des Zaren gegenüber dem römisch-katholischen Klerus, nach dem Berliner Kongreß und nach seiner Erkenntnis, daß das Drei-Kaiser-Bündnis praktisch nicht mehr existiere, wenn auch die Fiktion von seinem Bestande noch bis 1886 aufrecht erhalten wurde. In ihrer ganzen Versöhnlichkeit tritt des Zaren Haltung durch die Ernennung seines persönlichen Freundes und Generaladjutanten, Peter Pawlowitsch Albedinski, zum Nachfolger Rogebues im Jahre 1880 zutage. Dieser humane und hochgebildete Mann blieb bis zum Jahre 1883 in Warschau. Er hat den polnischen Adel, den Klerus und das gesamte Volk in Schutz genommen, sowohl gegen die Politik des Unterrichtsministeriums wie gegen

die Anfälle der Moskauer Panlawisten*). Die Polen vertrauten Abbedinski wegen seiner Haltung als Generalgouverneur von Wilna (1874—1880). Damals ist er erfolgreich für die Rechte der römisch-katholischen Kirche im Westgebiet eingetreten und forderte die Abkehr von der durch Tolstoj befolgten Politik. Im Königreich ist er entsprechend verfahren. Mit Genehmigung des Zaren untersagte Abbedinski jede Form der Verfolgung der Uniaten und gestattete sogar dem Klerus die Verletzung der russischen Gesetze, um die „Religiosität bei den Massen“ zu heben. Während Rogebuevs und Abbedinskis Amtszeit wurde trotz der nationalistischen und sozialistischen Umtriebe und Arbeiterunruhen kein Todesurteil vollstreckt.

* * *

Die Gründe für eine Veröhnungspolitik gegen die Polen schienen sich nach dem Berliner Kongreß zu vermehren. Einer der stärksten mag die Furcht vor Deutschland und dem Deutschtum gewesen sein. Die russischen Patrioten fühlten sich auf diesem Kongreß durch Bismarcks Geschick um die Früchte eines Sieges gebracht, den Rußland tatsächlich nicht errungen hatte.

Fassen wir das Gesagte zusammen, so glauben wir als die wichtigsten Motive für Alexander des Zweiten Polenpolitik, besonders nach 1878, vor allen Dingen die Gesichtspunkte bezeichnen zu dürfen, die ihn am Anfang seiner Regierungszeit zu den großen Reformen und in der Polenfrage zu dem Experiment mit Marquis Wielopolski geleitet hatten. Alexander der Zweite hat den Gedanken an eine gegen 1866 allerdings beschränkte autonome Verwaltung Polens sicher bis an sein Lebensende festgehalten, weil er einmal dafür Gewinn für die innere Politik erhoffte durch Erziehung von Beamten und dann auch, weil er die Stimmung der Polen außerhalb Rußlands für alle Fälle für Rußland gewinnen wollte. Die Einführung des russischen Gerichtsstatuts spricht nicht gegen meine Auffassung. Wohl aber spricht das Festhalten an den Napoleonischen Wirtschaftsgesetzen dafür und der Kampf der Moskowiter um die Abtrennung des Cholmer Landes. Aber während 1861 der einflußreichste Teil der russischen Gesellschaft hinter ihm stand, konnte sich der Zar gegen Ende seiner Regierung nur auf ein Häuflein überdies alternder Männer stützen. Die Jugend, verblendet durch die sozialistische oder nationalistische Propaganda, vermochte ihn ebensowenig zu verstehen, wie die herangewachsene Intelligenz, die sich um alle ihre staatlichen Ideale betrogen sah. Die amtlichen Träger der Staatsgewalt standen bis auf wenige allen Reformversuchen innerlich feindlich gegenüber.

* * *

*) Abbedinski wird von Zuri Sfamarin als ein „Jünger der politischen Schule des General-Adjutanten Nihilismus“ gekennzeichnet im Anschluß an die Veröffentlichung von dessen Immediat-Bericht über die Lage der Ostseeprovinzen im Jahre 1868. Zitiert in „Otrainsy Rossiji“, V. Ausgabe. B. Behrs Buchhandlung (E. Vock), Berlin 1874. S. 117.

Heute hat Rußland den Teil seines Besitzes, in dem die Polen ethnographisch herrschen, soweit isoliert, wie es die Katkow und Genossen in den 1870er Jahren forderten. Jetzt muß es sich bald entscheiden, ob die russische Regierung die Polen benutzen will, um die alten Träume und Pläne, in denen die Weichselmündung eine so große Rolle spielt, zu verwirklichen, oder ob sie die Polen ihrem Schicksal überlassen will. Für die Polen ist ein wichtiger Augenblick herangerückt und so ist es denn auch kein Zufall, wenn die Franzosen ihren russischen Bundesgenossen raten, sich mit den Polen auszusöhnen. Schon im Jahre 1863 hatte Bonjean in einer Kammer Sitzung ausgeführt: „la Russie serait pour nous l'allié le plus naturel, si entre elle et nous il n'y avait le fantôme de la Pologne“.



Philosophie als Kunst

Von Chr. Boeck in Bramfeld



uf der Tagung der Schopenhauer-Gesellschaft ist es zu lebhaften Auseinandersetzungen darüber gekommen, ob die Philosophie eine Kunst oder eine Wissenschaft ist. Der innerste Kern des Streites wird darin gelegen haben, daß die rein wissenschaftlich fühlenden Mitglieder aufs heftigste dagegen protestieren zu müssen glaubten, daß ihre Wissenschaft, die Philosophie, in den Kreis des Subjektiven und damit Ungewissen gezogen werde, wie es zu geschehen scheint, wenn man sie als Kunst bezeichnet, während die, die auf das ganze Dasein in einer Weise reagieren, durch die sie sich dem Künstler verwandt fühlen, auch die Tätigkeit des Philosophen am besten zu würdigen vermeinten, wenn sie sie als eine künstlerische auffaßten. Es scheint also eine Art von Ansichts- oder Geschmacksache zu sein, ob man die Philosophie eine Wissenschaft oder eine Kunst nennt. Immerhin liegen da Beziehungen vor, die bedeutsam genug sind, um ihnen einen Augenblick nachzugehen.

Es ist kein Zufall, daß gerade bei einer Zusammenkunft, die unter dem Namen Schopenhauer stand, diese Streitrede aufkam. Denn wenn eine Philosophie wie ein Kunstwerk im besten Sinne anmutet, so ist es die Schopenhauerische; und wenn bei einem Philosophen das Schaffen je dem des Künstlers